

Abschlussdiskussion „Wohnquartier Innenstadt“

Auf dem abschließenden Podium wurde die Diskussion um das „Wohnquartier Innenstadt“ mit einer Reihe von Expertinnen und Experten fortgesetzt. **Silke Andresen**, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, stellte das innerstädtische Wohnen als besonderes Potenzial von Klein- und Mittelstädten heraus. Wie lebenswert und zukunftsfähig kleinere Städte und Gemeinden sind, hänge nicht zuletzt von bedarfsgerechten Infrastrukturen und attraktivem Wohnraum für alle Generationen ab. Um eine „lebendige Mitte“ der Stadt zu sichern und zu stärken, seien ein aktives Flächenmanagement und die Beratung und Aktivierung privater Eigentümer unter der Prämisse der Innenentwicklung erforderlich. Die Städtebauförderung könne hierbei als Rahmen und Instrumentenkasten für die Umsetzung einer kooperativen Stadtentwicklung genutzt werden. Zentrale Stellschrauben seien die Orientierung an endogenen Potenzialen und die Erarbeitung von lokalspezifischen Lösungen.

Bürgermeister **Stephan Kelbert**, Stadt Michelstadt, sprach sich dafür aus, das Thema Integration als Handlungsfeld innerhalb der Kommunalverwaltung zu platzieren. Integration könne zu einem „Krafffeld“ für kleine Städte werden, wenn es gelingt, die dafür erforderlichen personellen Ressourcen sowohl in der Zivilgesellschaft als auch innerhalb der Verwaltung zu mobilisieren. Bislang mangle es nicht selten an der Bereitschaft, sich beraten zu lassen. Ziel sollte es sein, eine Stadtkultur der Offenheit zu leben, dafür wolle er sich einsetzen.

Gertrudis Peters von der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen ging in ihrem Beitrag darauf ein, dass es in kleineren Städten häufig an einem differenzierten Wohnungsangebot, insbesondere in den Zentren, mangelt. Sie plädierte für die Förderung von Baugemeinschaften und Baugruppen – nicht nur in ihrer Funktion als Gestalter einer individuellen baulichen Hülle, sondern auch als soziale Ankerpunkte innerhalb der Stadt. Dies setze allerdings voraus, dass die hierfür benötigten innerstädtischen Grundstücke nicht zu Höchstpreisen vermarktet werden.

Dr. Christof Eichert, Mitglied des Vorstands der Schader-Stiftung, wies auf die Bedeutung des kollektiven Gedächtnisses einer Stadt hin. Jede Stadt bilde eine spezifische Identität aus, die allerdings einer laufenden Weiterentwicklung unterliegt und von den Menschen gelebt wird. Deshalb sei es wichtig, nicht nur vom Wohnen, sondern vom Leben in der Stadt zu sprechen und damit die Relevanz der Lebendigkeit, des Querdenkens, der Bewegung zum Ausdruck zu bringen. Die Stadtpflicht müsse eine Auseinandersetzung über die Frage führen „Wer wollen wir sein?“.

Frau Peters führte in diesem Zusammenhang aus, wie wichtig es sei, dass die Planung erkennt, dass Stadt nie fertig ist. Planung müsse sich auf die Städte, die Stadtgesellschaften und ihre Entwicklungen einlassen. Sie müsse einen Beitrag dazu leisten, dass Städte sich ihrer Wurzeln sicher sind, nur so könne eine authentische Weiterentwicklung abseits jeglicher Moden entstehen.

Ricarda Pätzold, Difu, hob hervor, dass zu oft erwartet wird, dass es rasch einen Konsens zwischen den verschiedenen Akteursperspektiven gibt. Beteiligungsprozesse seien aber häufig konfliktuell, und Stadtentwicklung lebe nicht zuletzt von Reibungen – das müsse auch ausgehalten werden. Und mehr noch, eine „Kultur des Streites“ müsse wertgeschätzt werden, denn man dürfe sich in der Stadt nicht nur einrichten. Für Lebendigkeit Sorge ein Wettstreit der Ideen. So könne eine Dynamik entstehen, die allerdings in der Regel von Personen – und weniger von Institutionen – getragen wird.

In der weiteren Diskussion wurde die besondere Rolle der (Ober-)Bürgermeister/-innen hervorgehoben. Er oder sie müsse Visionen haben, diese verfolgen und damit als Treiber von Entwicklung fungieren. Dies erfordere aber immer wieder ein moderierendes Eingreifen. „Sie

werden als Macher gewählt und als Moderatoren gebraucht“, so Eichert über die Rolle der (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister.

Einig waren sich alle, dass es bei Fragen des innerstädtischen Wohnens um Prozesse und die Bereitschaft, Stadtentwicklung kooperativ und beteiligungsorientiert sowie ergebnisoffen auszurichten, geht. Eine zentrale Aufgabe liege darin, alle Einwohnerinnen und Einwohner ungeachtet von sozialem Status, Bildung oder Herkunft zu beteiligen.